



Stadtratssitzung
Donnerstag, 13. Januar 2011, 17.00 bis 18.30 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 28 vom 4. November 2010, Nr. 29 vom 11. November 2010, Nr. 30 vom 18. November 2010, Nr. 31 vom 25. November 2010 und Nr. 32 vom 2. Dezember 2010)	---
2. Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2011	09.000081
3. Aufsichtskommission (AK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2011 - Ersatzwahl eines Mitglieds	09.000082
4. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2011	09.000083
5. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2011	09.000084
6. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2011 - Ersatzwahl eines Mitglieds	09.000085
7. Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik; Ersatzwahl (FPI: Hayoz)	99.000158
8. Kleine Anfrage Pascal Rub (FDP): Informationsfluss bei den Betreuungsgutscheinen. (BSS: Olibet)	10.000294
9. Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Altkleidercontainer: Änderung der Bewilligungspraxis (TVS: Rytz)	10.000066
10. Motion Fraktion FDP (Mario Imhof): Fussgängerzone Markt- und Spitalgasse ist keine unmögliche Vision: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg - Planung jetzt an die Hand nehmen! (TVS: Rytz)	10.000118
11. Motion Fraktion SVPplus (Manfred Blaser, SVP): Zeitliche Öffnung der Morgenstrasse für den Privat- und Gewerbeverkehr! (TVS: Rytz)	10.000175
12. Motion Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem) vom 14. August 2008: Mindestens zwei Kurse pro Stunde und Richtung auf der Linie 30.570 Bern Brünnen-Frauenkappelen-Mühleberg ab Fahrplanjahr 2010!; Begründungsbericht (TVS: Rytz)	08.000246
13. Postulat Fraktion SP/JUSO (Thomas Göttin, SP): Das Burgfeldquartier muss vor zunehmendem Verkehr geschützt werden (TVS: Rytz)	10.000181

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 1	1
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.30 Uhr	3
Mitteilungen des Präsidenten.....	4
1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 28 vom 4. November 2010, Nr. 29 vom 11. November 2010, Nr. 30 vom 18. November 2010, Nr. 31 vom 25. November 2010 und Nr. 32 vom 2. Dezember 2010).....	4
2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2011	4
3 Aufsichtskommission (AK).....	10
4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU).....	11
5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)	11
6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK)	11
7 Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik; Ersatzwahl.....	12
8 Kleine Anfrage Pascal Rub (FDP): Informationsfluss bei den Betreuungsgutscheinen.....	12
9 Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Altkleidercontainer: Änderung der Bewilligungspraxis	13
10 Motion Fraktion FDP (Mario Imhof): Fussgängerzone Markt- und Spitalgasse ist keine unmögliche Vision: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg – Planung jetzt an die Hand nehmen!	14
Eingänge	20
Abstimmungslisten im Anhang	

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident 2010 Urs Frieden
Präsidentin 2011 Vania Kohli

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Leyla Gül	Stéphanie Penher
Peter Ammann	Lukas Gutzwiller	Halua Pinto de Magalhães
Cristina Anliker-Mansour	Kurt Hirsbrunner	Judith Renner-Bach
Rania Bahnan Büechi	Jimmy Hofer	Pascal Rub
Vinzenz Bartlome	Mario Imhof	Rahel Ruch
Giovanna Battagliero	Daniel Imthurn	Hasim Sancar
Kathrin Bertschy	Roland Jakob	Martin Schneider
Henri-Charles Beuchat	Ueli Jaisli	Alexandre Schmidt
Sonja Bietenhard	Stefan Jordi	Silvia Schoch-Meyer
Manfred Blaser	Dannie Jost	Miriam Schwarz
Peter Bühler	Ruedi Keller	Yves Seydoux
Rithy Chheng	Daniel Klauser	Hasim Sönmez
Bernhard Eicher	Michael Köpfli	Luzius Theiler
Susanne Elsener	Peter Künzler	Martin Trachsel
Tania Espinoza	Lea Kusano	Aline Trede
Regula Fischer	Prisca Lanfranchi	Gisela Vollmer
Rudolf Friedli	Annette Lehmann	Nicola von Greyerz
Jacqueline Gafner Wasem	Edith Leibundgut	Tanja Walliser
Judith Gasser	Martin Mäder	Peter Wasserfallen
Jeannette Glauser	Ursula Marti	Thomas Weil
Simon Glauser	Corinne Mathieu	Manuel C. Widmer
Claude Grosjean	Robert Meyer	Rolf Zbinden
Guglielmo Grossi	Christine Michel	Christoph Zimmerli
Beat Gubser	Patrizia Mordini	Beat Zobrist

Entschuldigt

Lea Bill	Dolores Dana	Thomas Göttin
Daniela Lutz-Beck	Barbara Streit-Stettler	Béatrice Wertli

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE	Regula Rytz TVS
Barbara Hayoz FPI	Edith Olibet BSS	

Ratssekretariat

Bettina Kläy, Ratssekretärin	Beat Roschi, Ratsweibel
Christine Gygax, Protokoll	Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Als neue Mitglieder des Stadtrats begrüße ich Prisca Lanfranchi (GFL) und Judith Renner-Bach (BDP), die Conradin Conzetti (GFL) und Thomas Bürki (BDP) ersetzen. Ich heisse Sie herzlich willkommen!

1 **Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 28 vom 4. November 2010, Nr. 29 vom 11. November 2010, Nr. 30 vom 18. November 2010, Nr. 31 vom 25. November 2010 und Nr. 32 vom 2. Dezember 2010)**

Der Stadtrat genehmigt die Protokolle Nr. 28 vom 4. November 2010, Nr. 29 vom 11. November 2010, Nr. 30 vom 18. November 2010, Nr. 31 vom 25. November 2010 und Nr. 32 vom 2. Dezember 2010.

2 **Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2011**

Geschäftsnummer 09.000081

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Wir beginnen mit der Wahl des neuen Stadtratspräsidiums. Nominiert ist die bisherige 1. Vizepräsidentin Vania Kohli (BDP). Wie Sie bereits den Medien entnehmen konnten, beantragt Robert Meyer geheime Wahl. Die erforderliche Anzahl Unterschriften wurde eingereicht.

Wir beabsichtigen, bei diesem Geschäft die bisherigen Stimmzählenden, namentlich Manfred Blaser und Corinne Mathieu, einzusetzen, obwohl sie lediglich fürs Jahr 2010 gewählt waren. Die neuen Stimmzählenden sind ja noch nicht gewählt. – Der Vorschlag ist angenommen. Somit stehen die beiden bisherigen heute noch zum letzten Mal im Einsatz. Bereits jetzt möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Sie werden heute nicht mehr antreten und Sie haben während zwei Jahren wichtige Dienste im Büro geleistet. Herzlichen Dank. Wir diskutieren nun über das Wahlgeschäft.

Fraktionserklärungen

Hasim Sancar (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Es ist schon bedauerlich, dass seit letztem Jahr verlangt wird, die Wahl der Stadtratspräsidentin oder des Stadtratspräsidenten geheim durchzuführen. Hier wird eine lange und offensichtlich bewährte Tradition verletzt und damit auch der Respekt vor den Kandidierenden. Dieser Vorschlag ist aber auch eine Misstrauensäusserung gegenüber unserem Rat, gegenüber der Politik generell.

Der Wahl der Stadtratspräsidentin oder des Stadtratspräsidenten geht eine Diskussion der Fraktionspräsidien voraus, die auch das Prozedere sorgfältig vorbereiten. Dank dem Rotationsprinzip gibt es keine Kampfwahlen. Zudem können mit diesem System auch die Minderheiten im Stadtrat berücksichtigt werden – demokratiepolitisch nicht unwesentlich!

Die Wahl hat Symbolcharakter, der Ablauf soll so einfach wie möglich gestaltet werden. Dies war bis anhin so und sollte eigentlich auch so bleiben. In dem Sinn kratzt der Antrag auf Geheimwahl an der Legitimität der Fraktionspräsidienkonferenz. Warum sollen wir denn in der Fraktionspräsidienkonferenz so viel Energie und Zeit aufwenden? Wollen wir etwa, dass in Zukunft keine Vorgespräche mehr stattfinden, dafür aber mit Geheimwahlen immer die gleichen starken Fraktionen zum Zug kommen?

Es würde uns schon interessieren, was genau hinter diesem Antrag steckt. Schade jedenfalls, dass sich eine Partei, die in ihrem Namen den Begriff „Demokratie“ trägt, an solchen „Spielchen“ beteiligt und sich zunehmend von liberalen Werten entfernt. Es bleibe dahingestellt, ob sich diese Partei bewusst ist, welche Konsequenzen ein solches „Spielchen“ haben könnte, würde es gelingen. Schade auch, dass einige vernünftige, erfahrene und seriöse Politikerinnen und Politiker dieser Partei, die wir durchaus schätzen, einigen ihrer Mitstreitenden die Ruder zu grosszügig abgegeben haben, mit dem Nebeneffekt, dass ihr Boot zu kentern droht. In unserer parlamentarischen und politischen Tätigkeit arbeiten wir zusammen, konkurrenzieren und bekämpfen uns mit legitimen Methoden, was legitim ist. Wir müssen aber auch Respekt voreinander haben. Es ist eine falsche Einstellung, wenn solche Kämpfe auch bei der Wahl in das symbolische Amt geschehen. Für Rivalitäten und politischen Wettstreit steht uns das ganze Jahr zur Verfügung. Es ist uns klar, dass wir für jede Wahl auch einen Antrag auf eine geheime Wahl stellen können. Dies sollte aber nur im äussersten Notfall geschehen, was unseres Erachtens hier klar nicht der Fall ist.

Jedes Mitglied des Stadtrats soll sich fragen, was geschieht, wenn die für das Stadtratspräsidium 2011 nominierte Vania Kohli, die in den letzten beiden Jahren die Funktion des 2. und 1. Vizepräsidiums ausgeübt hat, heute nicht gewählt wird. Kein Kommentar! Wir hoffen, dass wir nicht dazu gezwungen werden und gehen davon aus, dass Vania Kohli mit grosser Mehrheit gewählt wird. Wir wünschen ihr eine gute Arbeit fürs Jahr 2011!

Roland Jakob (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Die SVPplus-Fraktion wehrt sich vehement gegen die Falschaussage des Vorredners, dass sie die geheime Wahl veranstalte. Der Antragsteller ist zwar ein Mitglied unserer Fraktion, aber er ist Mitglied der SD. Es wäre wichtig, zuerst die Hausaufgaben korrekt zu erledigen, bevor Beschuldigungen geäussert werden, die sich als falsch erweisen. Weiter möchte ich festhalten, dass wir jeder Person im Rat das Recht und die politischen Rechte gewähren. Wenn in diesem Fall Robert Meyer von den SD dies beantragt, haben wir nichts dagegen einzuwenden – das wäre auch der Fall, wenn der Antrag von einer anderen Person gestellt worden wäre. Faktum ist: Die Geheimwahl wurde beantragt und die nötigen Unterschriften sind vorhanden. Deshalb erübrigen sich weitere Diskussionen und das politische Recht ist wahrzunehmen. Die Wahl darf vollzogen werden und gewählt wird, wer letztlich obsiegt.

Einzelvoten

Peter Wasserfallen (parteilos): Wie man der Legislaturbilanz in den Medien entnommen hat, kann man uns durchaus als Provinz- und Bananenrepublikparlament bezeichnen. Wir beschäftigen uns mit uns selbst – und das ist wirklich degoutant. Der Legislaturbilanz in den Medien haben wir weiter entnommen, dass sich die Bürgerlichen untereinander bekämpfen und dass das Jahr 2010 schlecht war. Das neue Jahr beginnt gleich, wie das alte geendet hat: wieder unter bürgerlichem Zwist. So wie man in einen Wald ruft, kommt es dann wieder einmal zurück. Wir haben uns im Jahr 2009 für Vania Kohli als 2. Vizepräsidentin entschieden. Es folgte die Wahl zur 1. Vizepräsidentin und nun die Wahl fürs Stadtratspräsidium. Vania Kohli kann vorgeworfen werden, sie sei zu wenig präsent etc., sie tanze auf zu vielen Hochzeiten – das sei dahingestellt. Wir haben uns für sie entschieden. Sie wird nun Ratspräsidentin. Ich selber wurde im letzten Jahr in einer Organisation x-mal übergangen und kann hier dementsprechend keinerlei Verständnis mehr für solche Aktionen aufbringen. Betrachten wir den Kandidaten für das 2. Vizepräsidium und nehmen dieselben Kriterien, die die SVP und FDP bei Vania Kohli angesetzt hat, stellen wir fest, dass er ein Kandidat ist, der einmal abgewählt wurde und in der Partei intern in einem Flügel steht, der vollkommen ins Leere läuft. Es besteht also das grosse Risiko, dass wir einen 2. Vizepräsidenten wählen, der nach den Ge-

samterneuerungswahlen das Ratspräsidium nicht antreten kann, weil die Wahrscheinlichkeit einer Abwahl wieder sehr hoch ist. So wie man in den Wald ruft, kommt es zurück. Die SVP hätte einen Kandidaten aufstellen sollen, bei dem man die Gewissheit hätte, dass er im Jahr 2013 das Ratspräsidium übernehmen kann.

Zur FDP: Auch da muss man zum Schluss kommen, dass ihr Kandidat für das Stimmenzähleramt – wendet man die Kriterien der FDP für Vania Kohli an –, nicht wählbar ist, weil er am meisten Absenzen aufweist und auch auf vielen Hochzeiten tanzt. Wenn die FDP seriös gearbeitet hätte, hätte sie beispielsweise Mario Imhof vorgeschlagen. Er ist stets anwesend und zeigt hier im Stadtrat grossen Einsatz. Zudem: Ein Stimmenzähler oder eine Stimmenzählerin zählt nicht die Stimmen, wenn die Stimmanlage wie bei der Budgetdebatte ausgefallen ist. Die Stimmenzählenden entscheiden abschliessend mit dem Ratsbüro über Dringlichkeiten von Vorstössen und nehmen zwischen den Ratssitzungen an Sitzungen des Ratspräsidiums teil. Wenn eine bürgerliche Person oft abwesend ist – ich spreche hier als Bürgerlicher –, hat man klar den Eindruck, dass auf diese Weise Vorstösse von Bürgerlichen unter Umständen aufgrund mangelnder Präsenz des zweiten Stimmenzählers nicht mehr dringlich erklärt werden. Bevor man in den Wald ruft, sollte man vielleicht zuerst vor der eigenen Tür wischen – dies gilt für beide Parteien. Deshalb finde ich auch den Ordnungsantrag entsprechend schlecht. Denn so kann man Vania Kohli geheim nicht wählen, und sich dann anschliessend gleichwohl an ihrer Ratspräsidiumsfeier den Bauch vollschlagen, statt mit Anstand nach Hause zu gehen und dort die alten Brotreste oder anderes zu verzehren.

Wenn nun Vania Kohli hier „vorgeführt“ wird, dann rufe ich dazu auf, auch den beiden bürgerlichen Kandidaten keine Stimmen zu geben, weil diese die vorgegebenen Kriterien der SVP und FDP ebenfalls nicht erfüllen. Das ist ein hanebüchenes Spiel, und wenn man sich unter den Bürgerlichen nicht einig ist, sich nicht zusammenrauft, dann sollte man auch nie mehr von Wende sprechen oder hervorheben, das Pièce de Résistance bei den Gemeinderatswahlen 2012 sei die BDP. Es kann mit Erich Hess gerade so die SVP sein, weil dann alles scheitert. Man sollte sich dann eigentlich ins stille Kämmerlein zurückziehen und sich eingestehen, dass man im Grunde die Fahne in den Dreck werfen und die Kapitulation erklären kann. Zuerst sollte man sich einmal selber innerhalb der Partei und unter den Bürgerlichen einigen, statt solche Anträge zu stellen, die schlichtweg degoutant sind.

Rolf Zbinden (PdA): Die PdA Bern spricht sich ganz grundsätzlich gegen jede Form von Zusammenballung von Macht und Einfluss aus. Aus diesem Grund macht ihr der aktuell hier in Bern um sich greifende Drang zum Doppel- und Mehrfachmandat überhaupt keine Freude: Solche Aspirationen verstärken die Tendenzen zur Entwicklung und Festigung einer politischen Kaste, was mit den Grundsätzen einer breit verankerten Demokratie unserer Meinung nach nicht zu vereinbaren ist. Gerade in der aktuellen Situation des Übergangs zu einem Sitzungsrhythmus der light-Version würde eine Haltung der Gemessenheit und Bescheidenheit sowohl einzelnen Mitgliedern von städtischer Legislative und Exekutive wie auch dem gesamten Stadtrat als gewählter politischer Körperschaft nicht übel anstehen. In diesem neuen Jahr wird gerade die vom Ratsbüro zu leistende Arbeit eher zu- denn abnehmen, soll das Risiko weiterer Schnell- und Fehlschüsse verringert und eine anständige parlamentarische Diskussionskultur minimal gesichert werden. Wie oft wurde der Berner Stadtrat in letzter Zeit zum Gespött in Leserbriefen und Zeitungskommentaren? Und recht hatten sie! Die PdA Bern fordert dazu auf, solche Signale endlich ernst zu nehmen, auch wenn derzeit keine städtischen Wahlen ins Haus stehen. Deshalb erwartet die PdA Bern von der Kandidatin für das Stadtratspräsidium, dass sie den Verzicht auf ein gleichzeitiges Grossratsmandat bekannt gibt. Wir erwarten diese Erklärung vor der Wahl! Ohne eine solche Zusicherung wird die PdA Bern diese Kandidatur nicht unterstützen können.

Für diesen Fall schlägt Ihnen die PdA Bern einen Kandidaten vor, der nicht nur dank seiner profunden Kenntnis des Ratsbetriebs breite Anerkennung genießt, sondern gerade für seinen konsequenten Einsatz für die politische Bedeutung und den demokratischen Einfluss des Parlaments Respekt und Vertrauen verdient. Er steckt nicht im Filz. Er ist frei – fraktionsfrei. Einige würden sogar meinen: vogelfrei. Gerade darum ist er valabel, für uns wählbar. Deshalb schlagen wir ihn vor: Luzius Theiler.

Beim Antrag auf geheime Wahl können wir nur die Augen reiben und den Kopf schütteln: Wer hat denn bitte ein Interesse daran, den Ruf des Stadtrats noch weiter zu ruinieren? Ich denke, zur parlamentarischen Debatte gehört, zu seiner Meinung offen zu stehen, das Gesicht offen zu zeigen. Das sind wir der Berner Bevölkerung schuldig – das sind wir uns selber schuldig.

Robert Meyer (SD): Ich möchte mich insbesondere zum Votum von Hasim Sancar äussern. Er sprach von Tradition. Ob die Tradition, eine solche Wahl stets durchzuwinken, wirklich so gut ist oder ob dabei auch eine Auseinandersetzung über verschiedene Kandidierende stattfinden kann, sei dahingestellt.

Es gibt auch eine andere Tradition, und diese war denn auch der Auslöser meines Antrags. Nämlich, dass man fürs Stadtratspräsidium – das auch ein gewisses Ehrenamt darstellt und eine gewisse politische Profilierung in der Öffentlichkeit ermöglicht – eher ein langjähriges Stadtratsmitglied wählt, und vor allem ein profiliertes mit einem Leistungsausweis – sprich: eine Person, die wir gut kennen. Ich möchte klar betonen, dass diese Opposition nicht eine parteipolitische Angelegenheit darstellt, sie ist auch nicht persönlich gegen Vania Kohli gerichtet. Wir haben nichts gegen sie einzuwenden, aber wir kennen sie schlicht zu wenig. Sie hat sich in drei Jahren hier zweimal kurz am Mikrofon geäußert. Ich habe ein bisschen Mühe, eine solche Person zu wählen. Ich würde ein altgedienteres oder verdienteres Mitglied des Stadtrats bevorzugen.

Mein Antrag ist ein demokratisches Recht, das so im Stadtratsreglement steht. Es ist für mich eigenartig, wenn man sagt, es sei schlecht fürs Image des Stadtrats. Ich bin mir nicht sicher, ob es gut ist, wenn man die Kandidierenden einfach so durchwinkt und wählt. Die Wahl ist eine demokratische Auseinandersetzung, die wir meiner Meinung nach zulassen sollten.

Wahl des Präsidiums

Der Präsident *Urs Frieden*: Sie werden nun einen blauen Wahlzettel erhalten, worauf steht: „Wahl Präsidium“ mit einer Linie. Bitte schreiben Sie Vorname und Nachname darauf.

Nun bitte ich die beiden Stimmzählenden, zusammen mit Beat Roschi die Stimmen auszu zählen.

- Während der Auszählung der Stimmen wurden die Traktanden 7 bis 9 behandelt. Die Traktanden 3–6 betreffend Wahl der Präsidien, Vizepräsidien und Mitglieder der Kommissionen wurden nach hinten verschoben. -

Der Stadtratspräsident 2010 *Urs Frieden*: Ich geben Ihnen das Resultat der Wahl bekannt. Ausgeteilte Stimmzettel: 74; eingereichte Stimmzettel: 74; davon leer: 2; total gültige Stimmzettel: 72; absolutes Mehr: 37.

Beschluss

Gewählt ist Vania Kohli (BDP) mit 56 Stimmen. Weitere Stimmen haben erhalten: Ursula Marti 9 Stimmen, Luzius Theiler 5 Stimmen, Rudolf Friedli 1 Stimme, Martin Schneider 1 Stimme.

Der Präsident 2010 Urs Frieden und die Mitglieder des Stadtrats gratulieren Vania Kohli mit Applaus zur Wahl.

Der Stadtratspräsident 2010 *Urs Frieden*: Liebe Vania, ich wünsche dir in diesem schönen Amt viel Glück und viel Erfolg. Ich möchte dir zwei Geschenke überreichen. Das eine ist ein Gutschein im Bereich Wellness. Ich hoffe, dass du diesen einmal einlösen kannst, wenn du ein bisschen Ruhe und Erholung brauchst. Das zweite Geschenk ist weniger „wellnessartig“. Ich überlasse dir nämlich diesen Sitz im neuen Jahr.

Die Präsidentin 2011 *Vania Kohli*: Verehrter ehemaliger Stadtratspräsident Urs, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des Gemeinderats, liebe Gäste auf der Tribüne und last but not least – liebe Medienvertreterinnen und -vertreter.

Frisch im Amt ist es mir ein Anliegen euch zu danken. Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich für euer Vertrauen, das ihr mir mit der Wahl in dieses Amt geschenkt habt. Mit Freude und Respekt werde ich das neue Amt in Angriff nehmen und erkläre hiermit Annahme der Wahl. Ich möchte mit meinem Dank noch weiterfahren: Ich danke auch meiner Partei, der BDP, und meiner Fraktion, der BDP/CVP-Fraktion, für ihre Unterstützung. Das soll ja – so hört man – nicht überall unter Parteifreunden und Fraktionskollegen selbstverständlich sein. Umso mehr: Vielen Dank.

Heute ist ein grosser Tag für die BDP. Erst vor zwei Jahren sind wir in diesem Parlament eingezogen und heute dürfen wir schon das Stadtratspräsidium besetzen. Ein Dankeschön gebührt heute allen, die das ermöglicht haben – es ist sicher auch nicht allen leicht gefallen!

Ich habe mir für meine Amtszeit drei Prioritäten gesetzt: Den Rat nach bestem Wissen und Gewissen zu führen und für alle da zu sein. Eine gute Botschafterin für Bern zu sein und als Schiedsrichterin für Fairness und die Einhaltung der Spielregeln zu sorgen.

Zur Ratsführung: Ich werde in meiner Amtszeit wie erwähnt versuchen, diesen Rat nach bestem Wissen und Gewissen zu führen. Ich werde dafür sorgen, dass die Sitzungen geordnet und korrekt ablaufen. Ich werde auch versuchen, für alle da zu sein, unabhängig von ihrer Partei-Couleur. Niemand soll sich übergangen fühlen. Jeder und jede soll zu ihrem Recht kommen. Urs Frieden hat mir das jetzt ein Jahr lang vorgelebt. Und trotzdem werde ich heute ins kalte Wasser geworfen. Denn mit Ausnahme einer fünfminütigen Absenz vom Rednerpult ist er letztes Jahr immer auf diesem Stuhl gesessen. Sollte ich also einmal einen falschen Knopf drücken, bitte ich schon jetzt um Nachsicht. Ich hoffe, das passiere mir nicht gleich bei einem Stichentscheid. Obwohl: Rein quantitativ kommt es aufs Gleiche heraus, ob ich die eine oder die andere Hälfte der Stadtrats mit einem Stichentscheid glücklich mache.

Eine zweite Priorität in meiner Amtszeit ist die Rolle als Botschafterin von Bern. Gegen innen werde ich die Rolle der Unparteiischen einnehmen, gegen aussen die Rolle der Botschafterin. Ich werde mich – wo immer es Sinn macht und wichtig ist – für unsere schöne und lebenswerte Stadt einsetzen. Da Sie alle genauso fühlen wie ich, muss ich diese Rolle hier nicht länger erklären und vor allem auch nicht spielen und erlaube mir, zur nächsten Priorität überzugehen: Das Einhalten der Regeln. Regeln sind für jegliches Zusammenwirken unabdingbar, beispielsweise im Sport. Sport wird in der Regel assoziiert mit Körperlichkeit, Wettkampf und Spiel - Philosophie dagegen mit Geist, Argumentation und Ernst. Und Politik könnte man als gute Mischung von beiden bezeichnen. Wobei wir hier am besten auf die Körperlichkeit verzichten; es soll nicht mit Händen, Füßen oder Fäusten, sondern mit Geist und Argumenten gekämpft werden.

Sie wissen alle, dass mir von allen Sportarten das Spiel mit dem runden Leder am nächsten steht. Aber sogar da hat der Stadtrat Priorität. Ich habe nie aufgrund eines YB-Matches im Stadtrat gefehlt. Das ist mir zwar manchmal nicht ganz so leicht gefallen – aber statt in YBs

gelb-schwarzen Farben lebe ich meine Leidenschaft dann halt hier in den schwarz-gelben Farben meiner Partei aus!

Da sind nicht nur die Farben sehr ähnlich. Die Aufgabe einer Stadtratspräsidentin kann man gut mit der Aufgabe einer Schiedsrichterin vergleichen. Kein Fussballspiel findet ohne Unparteiische statt. Während jedem Spiel muss man x-mal Entscheide treffen und dies jeweils unter grossem Zeitdruck. Es kommt immer wieder vor, dass ein Entscheid nicht eindeutig – ja sogar ein Fehlentscheid sein kann. Aber eben: errare humanum est – irren ist menschlich. Deshalb wurde ja auch der Grundsatz entwickelt: in dubio... pro secco! Oder eben: ein Bier nach der Stadtratsdebatte!

Ich werde also dafür sorgen, dass das „nigel-nigel-neue“ Geschäftsreglement des Stadtrats auch eingehalten wird. Sonst gibt es nämlich als erstes eine gelbe Karte! Also beispielsweise bei einem Regelverstoss gegen Artikel 53 Absatz 4! Für die wenigen unter Ihnen, die noch nicht wissen, worum es geht: Es geht dabei um die Entfernung vom Verhandlungsgegenstand – dabei ist nicht die Distanz in Zentimeter vom Rednerpult gemeint. Also: Sprechen Sie zur Sache! Gelb gibt es übrigens auch beim Verstoss gegen Artikel 54 – der Verletzung des parlamentarischen Anstands. Im Wiederholungsfall gibt es dann die rote Karte. Und natürlich werde ich die Verfehlungen wie auch die Betroffenen auf den Karten notieren und Ende Jahr werden die Karten veröffentlicht. Und für die schlimmsten Fälle benütze ich die Schiedsrichterpfife, die ich erhalten habe – sie wird in diesem Jahr die altbewährte Glocke ablösen. Es ist im Interesse unseres politischen Gehörs, dass diese nie zum Einsatz kommt und ich verzichte an dieser Stelle auf eine Vorführung. Damit haben die Ähnlichkeiten mit dem Fussball ein Ende. Denn wer zum Beispiel aus diesem Rat ausscheidet, um an einem anderen Ort zu politisieren, kann leider nicht auf eine feudale Transfersumme hoffen.

Ich bin übrigens nicht die einzige, die sich Prioritäten setzt. Das hat offenbar auch die Präsidialdirektion für das Jahr 2011 getan. So hat Ende Jahr die Stadtkanzlei verlauten lassen, dass in diesem Jahr die offizielle 1.-August-Feier, die traditionellerweise auf dem Münsterplatz stattfindet, wegen fehlender Mittel von ihr nicht organisiert und durchgeführt werden kann. Der Stadtrat hat ja bekanntlich letztes Jahr eine Kürzung von 100 000 Franken für Anlässe beschlossen – und nun muss halt in Bern die 1.-August-Feier daran glauben. Aber wie schon Peter Ustinov treffend gesagt hat: Regieren besteht im Festsetzen von Prioritäten; ich habe nicht die Absicht, an denen der Präsidialdirektion zu rütteln und verzichte damit auf meinen vorgesehenen Auftritt als Festrednerin an dieser nicht stattfindenden 1.-August-Feier. Aber es gibt im Jahr 2011 noch weitere, für den Stadtrat noch wesentlich wichtigere Veränderungen: Der Stadtrat tagt neu nur noch alle zwei Wochen. Dies wird für uns alle eine grosse Herausforderung sein. Das verlangt nicht nur von mir, sondern von uns allen eine strenge Prioritätensetzung: sei es beim Einreichen von Vorstössen, sei es während der Sitzungen. Vielleicht sollte man sich beim Schreiben der Vorstösse noch besser überlegen, ob man das Anliegen nicht mit einem Telefon erledigen könnte. Oder ob der Vorstoss wirklich in den Stadtrat gehört. Oder ob man wirklich noch ans Rednerpult gehen soll, wenn alle eigenen Argumente bereits mehrmals geäussert wurden.

Ich werde übrigens neu an jeder Sitzung die Anzahl der pendenten parlamentarischen Vorstösse bekanntgeben und auch, ob diese Zahl steigt oder sinkt. Mit dem klaren – pädagogischen – Ziel, dass allen diese Zahl immer wieder bewusst wird. Der aktuelle Stand anfangs Sitzung: 70 Vorstösse. Ende Sitzung werden wir – wenn es so weitergeht – wahrscheinlich über 100 haben. Und sollte die Geschäftslast des Stadtrats überhand nehmen, habe ich beschlossen, den Stadtratsausflug eventuell für eine ordentliche Sitzung zu opfern. Das wäre zwar schade, aber dafür garantiert kostenneutral.

Bevor wir uns nun der Tagesordnung zuwenden: Lieber Urs, ich möchte dir ganz herzlich für die vorbildliche Führung dieses Rats im letzten Jahr danken. Wir haben uns vor zehn Jahren kennengelernt – an einem Silvester in Südfrankreich. Dass ich dich hier in diesem Rat wieder

treffen würde, hätte ich mir nie träumen lassen. Ausgerechnet deine Vizepräsidentin zu sein, war mir eine grosse Ehre, und das nicht nur, weil ich dich auch persönlich ausserordentlich schätze. Ich bin überzeugt, dass wir im letzten Jahr ein gutes Team waren und wage sogar die Behauptung: ein echtes Dreamteam. Du hast für alles gesorgt – und ich habe dich unterstützt, und vor allem von dir gelernt. Du kamst stets perfekt vorbereitet an die Sitzungen. Du hast den Rat sehr effizient geführt. Du hast auch in turbulenten Momenten immer die Ruhe bewahrt. Du hast – auch unter grösserem Lärm von der Tribüne her – nie die Übersicht verloren. Mit deiner souveränen und konziliannten Art ist es dir gelungen, mehr als einen Konflikt oder eine Eskalation zu vermeiden. Dazu warst du uns allen ein Vorbild. Du hast im letzten Jahr wie auch im Jahr zuvor nicht an einer einzigen Sitzung gefehlt.

Das ganze Büro dankt dir für deinen Einsatz und wir wünschen dir für die Zukunft ein wenig mehr Freizeit. Von mir erhältst du ein kleines, persönliches Geschenk, das ich natürlich im Hinblick – logisch – auf unsere gemeinsame Leidenschaft gewählt habe, ganz nach dem Motto: nur die YB zählt!

Und jetzt wird gearbeitet mit dem Ziel, die heutige Traktandenliste möglichst abzuarbeiten, damit wir auch pünktlich um 18.30 Uhr mit dem Feiern beginnen können.

Applaus

Die Wahl der beiden Vizepräsidien und auch die folgenden Wahlen der Kommissionen werden per Handerheben durchgeführt.

Wahl des 1. Vizepräsidiums

Als 1. Vizepräsidentin für das Jahr 2011 wählt der Stadtrat einstimmig die von der Fraktion SP/JUSO vorgeschlagene bisherige 2. Vizepräsidentin Ursula Marti (SP).

Die Ratspräsidentin gratuliert Ursula Marti zu ihrer Wahl. Die Anwesenden gratulieren mit Applaus.

Die Präsidentin *Vania Kohli*: Urs Frieden und ich haben übrigens die eingravierten Namen auf der Stadtratsglocke studiert. Es bahnt sich ein historischer Moment an. Es gab noch nie zwei Frauen im Präsidium und im Vizepräsidium.

Wahl des 2. Vizepräsidiums

Als 2. Vizepräsidenten für das Jahr 2011 wählt der Stadtrat mit einer Gegenstimme den von der Fraktion SVPplus nominierten Rudolf Friedli (SVP).

Die Ratspräsidentin gratuliert Rudolf Friedli zu seiner Wahl. Die Anwesenden gratulieren mit Applaus.

Wahl der Stimmzählenden

Gemeinsam werden die nominierten Christoph Zimmerli (FDP) und Tania Espinoza (GFL) einstimmig als Stimmzählende gewählt.

Die Ratspräsidentin gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

3 Aufsichtskommission (AK)

Geschäftsnummer 09.000082

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2011

1. Der Stadtrat wählt den von der Fraktion GB/JA! nominierten Hasim Sancar (GB) einstimmig zum Präsidenten der AK 2011.

2. Der Stadtrat wählt den von der GLP-Fraktion nominierten Claude Grosjean (GLP) einstimmig zum Vizepräsidenten der AK 2011.

Ersatzwahl eines Mitglieds

Der Stadtrat wählt als Ersatz für den zurücktretenden Conradin Konzetti (GFL) als Mitglied der AK: Manuel Widmer (GFL).

Die Ratspräsidentin gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)

Geschäftsnummer 09.000083

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2011

1. Der Stadtrat wählt die von der Fraktion SP/JUSO nominierte Corinne Mathieu (SP) einstimmig zur Präsidentin der FSU 2011.
2. Der Stadtrat wählt die von der Fraktion BDP/CVP nominierte Sonja Bietenhard (BDP) einstimmig zur Vizepräsidentin der FSU 2011.

Ersatzwahl eines Mitglieds

Der Stadtrat wählt als Ersatz für Peter Bühler (SVP) als Mitglied FSU: Simon Glauser (SVP).

Die Ratspräsidentin gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)

Geschäftsnummer 09.000084

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2011

1. Der Stadtrat wählt die von der Fraktion BDP/CVP nominierte Edith Leibundgut (CVP) einstimmig zur Präsidentin der PVS 2011.
2. Der Stadtrat wählt den von der Fraktion GFL/EVP nominierte Daniel Klauser (GFL) einstimmig zum Vizepräsidenten der PVS 2011.

Die Ratspräsidentin gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK)

Geschäftsnummer 09.000085

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2011

1. Der Stadtrat wählt den von der Fraktion BDP/CVP nominierten Martin Schneider (BDP) einstimmig zum Präsidenten der SBK 2011.
2. Der Stadtrat wählt die von der Fraktion SB/JUSO nominierte Tanja Walliser (JUSO) einstimmig als Vizepräsidentin der SBK 2011.

Ersatzwahl eines Mitglieds

Der Stadtrat wählt als Ersatz für Susanne Elsener (GFL) als Mitglied SBK: Lukas Gutzwiller (GFL).

Die Ratspräsidentin gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

7 Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik; Ersatzwahl

Geschäftsnummer 99.000158 / 10/364

Der Stadtrat wählt per sofort bis Ende der laufenden Amtsperiode 2009–2012 als Ersatz für Guy Emmenegger (FDP) als Mitglied der Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Adrian Haas (FDP).

8 Kleine Anfrage Pascal Rub (FDP): Informationsfluss bei den Betreuungsgutscheinen

Geschäftsnummer 10.000294 / 10/342

Direktorin BSS *Edith Olibet* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Gemeinderat hat die Kita-Initiative zusammen mit einem Gegenvorschlag zuhanden des Stadtrats verabschiedet, der die Elemente der Motion Betreuungsgutscheine soweit rechtlich unproblematisch übernommen hat. In der ersten Lesung hat die SBK den Gegenvorschlag des Gemeinderats verändert und verabschiedet. In der zweiten Lesung ist die SBK auf ihren Entscheid zurückgekommen und hat einen neuen Gegenvorschlag beschlossen, der vom in der ersten Lesung verabschiedeten abweicht. Dieser Gegenvorschlag der SBK sieht die definitive Einführung eines Systems mit Betreuungsgutscheinen vor.

Zu Frage 1: Die zuständige Gemeinderätin hat seit Beginn der Diskussion um die Durchführung eines Pilotprojekts mit Betreuungsgutscheinen darauf hingewiesen, dass es angesichts der geltenden gesetzlichen Grundlagen unsicher sei, ob die daraus resultierenden Kosten in den Lastenausgleich eingegeben werden können. Das kantonale Sozialamt hat der Stadt Bern auf die entsprechende Anfrage hin denn auch nie eine definitive Zusage erteilt, sondern lediglich signalisiert, dass es von der konkreten Ausgestaltung eines Pilotprojekts mit Betreuungsgutscheinen abhängig sei, ob die daraus resultierenden Kosten zum kantonalen Lastenausgleich zugelassen werden.

Dass eine Zulassung zum Lastenausgleich bei der definitiven Einführung eines Systems mit Betreuungsgutscheinen gemäss Gegenvorschlag des Stadtrats nach Ansicht des für diesen Entscheid zuständigen kantonalen Sozialamts nicht nur zweifelhaft, sondern ausgeschlossen ist, hat die zuständige Gemeinderätin am 15. Oktober 2010 erfahren.

Zu Frage 2: Der Gemeinderat weiss nicht, ob und was die SP/JUSO-Fraktion betreffend angemeldeter Bedenken des kantonalen Sozialamts erfahren haben soll. Tatsache ist, dass sowohl in der SBK wie im Stadtrat über die Unsicherheit der Lastenausgleichsberechtigung informiert und diskutiert worden ist (vgl. Antwort auf Frage 1).

Zu Frage 3: Die möglichen Finanzierungsschwierigkeiten waren seit Beginn der Diskussion über die Einführung von Betreuungsgutscheinen bekannt. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 26. August 2010 auf Antrag der SBK dennoch entschieden, den Stimmberechtigten einen anderen, dem Vorschlag aus der 2. SBK-Lesung entsprechenden Gegenvorschlag zur Kita-Initiative vorzulegen, der die definitive Einführung eines Systems mit Betreuungsgutscheinen vorsieht und er hat den Gemeinderat beauftragt, die Botschaft entsprechend umzuschreiben.

Im Rahmen der Anpassung der Botschaft an die Entscheide des Stadtrats hat sich herausgestellt, dass die Kosten bei der definitiven Einführung eines Systems mit Betreuungsgutscheinen gemäss Gegenvorschlag des Stadtrats nicht in den Lastenausgleich eingegeben werden können.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

9 Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Altkleidercontainer: Änderung der Bewilligungspraxis

Geschäftsnummer 10.000066 / 10/198

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
 2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.
- Bern, 23. Juni 2010

Motionär *Bernhard Eicher* (JF): Dieses Traktandum wurde bereits mehrmals aufgelistet. Ich erlaube mir deshalb, die Haltung der FDP kurz darzustellen. Wir erwarten eigentlich vom Stadtrat ein Zeichen, dass er die Altkleidercontainersammlung unterstützt, und zwar weitergehend, als dies der Gemeinderat in seiner Antwort tut. Es sind letztlich soziale Institutionen, die wir als Stadt Bern unterstützen. Da sind wir auch bereit, auf gewisse Formalitäten zu verzichten. Wir halten deshalb an der Motion fest. Wenn wir unseren Vorstoss als Postulat erheblich erklärten, würde das Geschäft einfach abgeschrieben und verschwinden. Wird der Vorstoss als Motion erheblich erklärt, hat der Gemeinderat zumindest den politischen Auftrag, sich weiterhin um diese Thematik zu kümmern.

Fraktionserklärungen

Rithy Chheng (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion schliesst sich zum grossen Teil der Antwort des Gemeinderats an. Der Motionär ist der Meinung, dass die Stadt Bern zu wenige Orte für die Kleiderabgabe zur Verfügung stelle. Wo können in der Stadt Bern unsere Kleider hingebraucht werden? Es gibt vier Entsorgungshöfe, zudem La Trouvaille in der Länggasse und in Wabern. Weiter finden jährlich fünf Strassensammlungen statt. Überdies gibt es 55 Altkleider-Container auf privatem und öffentlichem Grund, und an 48 Standorten in der Stadt Bern werden Werkstoffe gesammelt. Es kann demnach festgehalten werden, dass es mehr Orte gibt, wo man seine Altkleider abgeben kann, als Orte für die Abgabe von Werkstoffen. Die SP/JUSO-Fraktion ist wie der Gemeinderat der Ansicht, dass wir mit dem öffentlichen Raum haushälterisch umgehen müssen. Aus ästhetischen Gründen werden neue Container unterirdisch installiert. Hier besteht das Problem, dass die Kleider durch die Feuchtigkeit muffig werden und nicht mehr verwendbar sind. Ich habe einen kleinen Ratschlag an Bernhard Eicher: Er könnte die Kleider über eBay oder Ricardo verkaufen. Mit dem Ertrag könnte er sich beispielsweise neue Kleider kaufen. Eine andere Möglichkeit wäre der Flohmarkt in der Reitschule am ersten Sonntag im Monat. Dort könnte man die Kleider auch versilbern. Überdies böte sich die Gelegenheit, interessante Gespräche mit den Leuten zu führen.

Fazit: Die SP/JUSO-Fraktion lehnt den Antrag ab und ist bereit, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären. Die Antwort des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab (18 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 009*

10 Motion Fraktion FDP (Mario Imhof): Fussgängerzone Markt- und Spitalgasse ist keine unmögliche Vision: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg – Planung jetzt an die Hand nehmen!

Geschäftsnummer 10.000118 / 10/294

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
 2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.
- Bern, 25. September 2010

Motionär *Mario Imhof* (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Es hat mich ein wenig erstaunt, dass er alle negativen Punkte suchen wollte, um diese Fussgängerzone zu verhindern. Obwohl viel Text geschrieben wurde, befriedigt die Antwort des Gemeinderats nicht. Sie ist eher rückwärts als in die Zukunft gerichtet.

Für mich bedeutet eine Fussgängerzone in der Stadt Bern eine echte nachhaltige Stadtentwicklung. Das Anliegen ist kein politisches Thema. Es geht hier um einen Meilenstein, um eine Vision für die Stadt Bern, die wir hier beschliessen müssen, um mit unserer Stadt weiterzukommen. Ich kann mir nicht vorstellen, welche Gründe gegen eine Fussgängerzone sprechen könnten. In jeder grösseren Stadt, in jeder Weltstadt und in jeder Stadt, die Format haben will, gibt es Fussgängerzonen ohne öV. Der öV kann in die Nebengassen verlegt werden. Bern benötigt, um noch attraktiver zu werden, eine Fussgängerzone; und zwar vom Bahnhof hinunter bis zum BärenPark. In der Markt- und Spitalgasse soll es eine Flanier- und Einkaufszone geben, wo sich Touristinnen und Touristen, Bernerinnen und Berner aufhalten, sich erholen und insbesondere ohne Stress von einem Geschäft zum andern schlendern können. Man ist dann nicht dauernd auf der Gasse unterwegs, wo ständig gehupt wird etc., bis man letztlich noch von Tram oder Bus überfahren wird.

Stets muss ich mir zu dieser Motion anhören, sie schade dem Gewerbe, weil dann das Tram nicht mehr vor dem Geschäft halte. Ich fahre jeden Tag mit dem Tram und drücke jeweils den Knopf für „CS“ in der Marktgasse. Dort hat es noch nie angehalten.

Aufgrund des Verkehrs in den Gassen begeben sich die Leute in die Lauben, mit der Folge, dass man die Schaufenster nicht mehr betrachten kann. Zum Argument, es schade dem Gewerbe: Für mich als freisinnige Person ist es für alle Geschäfte in der Stadt ganz klar ein Vorteil, wenn der öV dort verschwindet. So kann es nicht mehr weitergehen. Ich stelle insbesondere bei der Marktgasse fest, dass gerade durch die langen Trams, die es heutzutage braucht, um den Verkehr bewältigen zu können, Stau entsteht. Drei Trams warten hintereinander, bis sie beim Bärenplatz die Leute ausladen können. Vom Bärenplatz bis zum Bahnhof kann man sozusagen hinten im Tram einsteigen, durchs Tram marschieren und vorne beim Bahnhof wieder aussteigen. – Das kann es nicht sein! Kaum vorstellbar, wenn die Tramlinie 10 von Ostermundigen Richtung Köniz noch dazukommt. Wenn diese realisiert sein wird, wird es völlig unmöglich sein, die Gassen – vor allem in den Stosszeiten – zu überqueren. Für

ältere Leute ist es eine Katastrophe, von der einen Laube hinüber in die andere zu gelangen, und für Menschen mit Behinderung ist es gar nicht mehr möglich. Stets wenn man starten will, kommt bereits wieder ein Tram von der anderen Seite. Diese Situation muss sofort geändert werden. Der öV kann in zwei neue Tramachsen verlegt werden: die eine Achse wäre die Speichergasse Richtung Kornhausbrücke, die andere Achse die Amthausgasse Richtung Kirchenfeld. Dies ist technisch absolut möglich. Ich schätze, wenn man die Kosten mit denjenigen vom Tram Bern-West vergleicht, würde es sich hier um einen Betrag von annähernd 30 Mio. Franken handeln. Das Tram Bern-West wurde in zwei Jahren realisiert. Die erforderlichen zwei Kilometer Schienen könnten demnach in einem Jahr verlegt werden.

Falls diese Motion erheblich erklärt wird, sollte man dafür sorgen, dass die Marktgasssanierung verschoben wird, bis die beiden neuen Tramlinien gebaut sind. So könnte in Ruhe die Gasse saniert werden, ohne dass der öV nicht mehr funktioniert. Würde der öV in die Nebengassen verlegt und die Marktgasse saniert, wären die Kosten auch nur noch einmalig. Die Sanierung der Marktgasse kostet 15 Mio. Franken. Diese wäre dann nicht nur für 20 Jahre, sondern für 200 Jahre.

Ich fasse zusammen: Bern braucht diese Vision. Bern muss von den Hauptstädten in die 1. Liga spielen gehen. Deshalb wollen wir keinen Rangierbahnhof von BERNMOBIL in der Markt- und Spitalgasse. Wir möchten eine Flanier- und Einkaufsmeile in beiden Hauptgassen, wo wir das Leben geniessen können. Ich bitte alle Mitglieder des Stadtrats, von rechts und links, diese Motion erheblich zu erklären. Es geht hier nicht um Parteipolitik, sondern um die Zukunft der Stadt Bern. Ich halte an der Motion fest. Für den Fall, dass sie scheitern sollte, haben wir bereits eine Volksinitiative vorbereitet.

Fraktionserklärungen

Gisela Vollmer (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Wir haben durchaus Sympathie für diese Motion. Manche meinen sogar, es sei eine Vision. Ein grösserer Teil der Fraktion denkt allerdings anders darüber. Wir müssen meiner Meinung nach davon ausgehen, dass es sich hier um einen hochfrequentierten Bereich handelt, wo alle aufeinander Rücksicht nehmen müssen. Einerseits geht es darum, in Ruhe einzukaufen – das kann man meines Erachtens ohnehin –, aber andererseits gibt es auch noch ein Sicherheitsproblem: In den Randstunden am Abend und in der Nacht, wenn alle Geschäfte geschlossen sind, ist niemand mehr da und der öV fährt nicht mehr durch die Hauptgassen. Da zeigt die Erfahrung von Biel, von der Nidaugasse, dass sich die Leute seitdem nicht mehr trauen, nachts durch die Nidaugasse zu gehen. Alle bereuen eigentlich, dass man den Bus aus der Hauptgasse genommen hat.

Die Verschiebung des gesamten öV-Angebots finden wir sehr schwierig. Wir könnten uns durchaus vorstellen, bei einer neuen öV-Linie einen zweiten Durgang in einer Nebengasse zu öffnen. Wenn der öV-Verkehr aus der Hauptgasse genommen wird, befürchten wir eher, dass die Gassen wie in der Unteren Altstadt mit Autos vollparkiert werden. Um die Fussgängerzone kämpfen wir bereits seit langem. Unserer Meinung nach könnte man einmal probierhalber in der Neuengasse, Aarberggasse oder Speichergasse eine Fussgängerzone einrichten und Erfahrungen sammeln. Man kann ja nicht gleich den öV aus der Hauptgasse nehmen. Allerdings sehen wir folgende Problematik: Durch die langen Trams wurde die Überquerung der Strasse sehr schwierig. Dazu wird sich vielleicht der Gemeinderat noch äussern. Falls der öV aus der Hauptgasse genommen wird, braucht es auch ein City-Anlieferungskonzept, sonst verlagert sich der ganze Anlieferverkehr in die Spitalgasse. Kurz: Die SP wird die Motion ablehnen, das Postulat erheblich erklären und, weil der Gemeinderat auch beantragt, das Postulat erheblich zu erklären, den Prüfungsbericht ablehnen.

Edith Leibundgut (CVP) für die BDP/CVP-Fraktion: Wir sind uns bewusst, dass nach der Annahme des Kredits für die erneute Pflasterung der Markt- und Spitalgasse vor einigen Wochen hier im Stadtrat die vorliegende Motion nicht in zwei Jahren erfüllt werden kann. Wir rechnen entsprechend mit einem grösseren Zeithorizont. Die Stossrichtung der Motion unterstützen wird jedoch voll und ganz und werden ihr auch zustimmen. Wir alle wissen, dass mit der neuen Tramlinie Ostermundigen-Köniz unser Zentrum bald noch mehr belastet wird. Unser Stadtzentrum wird die massive Mehrbelastung auf Dauer nicht ertragen können. Nicht nur die hohen Frequenzen, sondern auch das zunehmende Gewicht der Fahrzeuge und die stets längeren Kompositionen spielen dabei eine Rolle.

Bern wird durch seine Gassen geprägt. Die zentralen Hauptgassen waren einmal das Schmuckstück des Weltkulturerbes. Heute wird das Gassenbild dominiert vom Puls der roten Tramkompositionen, die in ständigem Auf und Ab hin- und herfahren. Selbst wenn es nicht gelingen sollte, die Hauptachse völlig vom öV zu entlasten, braucht es dringend eine neue Linienführung in der Berner Altstadt. Was wäre da als Alternative besser geeignet als die Bundesgasse? Anders als in den mittelalterlich-barock geprägten Hauptgassen, wo das Tram eigentlich einen Fremdkörper darstellt, gehört in diesem typischen Boulevard aus dem Fin de siècle die Strassenbahn zum klassischen Strassenbild. Hier kann eine zweite öV-Achse im Gegenverkehr geführt werden und die Linien nach Westen könnten ohne Umwege über den Bubenbergplatz direkt in die Effingerstrasse einmünden. Es ist für uns schwer verständlich, weshalb die naheliegende Lösung in der grossen Studie über die Führung der Tramlinie in der Innenstadt nicht geprüft wurde. Das Argument der kurzen Wege scheint uns auch wenig stichhaltig. Wer in der Stadt einkauft, nimmt bereits heute längere Wege in Kauf und würde dies noch genussvoller tun, wenn er sich wirklich frei bewegen könnte, ohne das bedrohliche Gefühl, Bus oder Tram im Rücken zu haben. Ob wir bei unserem Stadtbummel beim Bärenplatz oder beim Bundesplatz ein- oder aussteigen, spielt nach einer Einkaufstour keine Rolle mehr. Ja – eine Verlegung der öV-Achse in die Bundesgasse hätte den willkommenen Effekt, dass heute die öde Bundesgasse, aber auch die Amthaus- und Schauplatzgasse, zusätzlich belebt würden. Für die BDP/CVP-Fraktion ist eine neue Tramachse in der Bundesgasse-Kochergasse die Vorbedingung für eine Zustimmung zu einer neuen Strassenbahnlinie Ostermundigen-Köniz. Unsere Fraktion unterstützt in diesem Sinn die Motion.

Jimmy Hofer (parteilos) für die SVPplus-Fraktion: Diese zwei Gassen sind durch den öV unbestritten sehr belastet und werden künftig noch mehr belastet werden. Ich konnte von BERNMOBIL in Erfahrung bringen, dass in Spitzenzeiten respektive wenn alle Linien inklusive Regionaltram einmal gebaut sein werden, pro Stunde 106 öV-Fahrzeuge durch die Gassen fahren werden. Ich bin zwar nicht Fachmann, aber ich meine, eine höhere Belastung können die Gassen nicht mehr ertragen. Jede grössere Stadt hat ihre Fussgängerzonen. Ich kenne dies aus allen grösseren Städten, die ich in Europa gerne besuche: Fussgängerzonen, die wunderbar funktionieren, die Anziehungspunkte für Touristinnen und Touristen und auch für Leute aus der Region oder der Stadt selber sind. Dort kann man sich treffen, ohne von Fahrzeugen gestört zu werden und sie wirken belebend. Es gehört zu einer Gesamtplanung, dass man für Fussgängerinnen und Fussgänger in der Kernzone der Stadt einen Platz schafft, wo man grossräumig einkaufen und verweilen kann. Die Alternativen wurden erwähnt. In den Nebengassen hat es ausreichend Platz. Man kann beispielsweise auf der Bundeshausseite hinunter- und auf der anderen Seite hinauffahren. Wenn der öV künftig weiter ausgebaut werden soll – was ja die grosse Mehrheit der Stadt begrüssen würde und was auch Sinn macht –, ist davon auszugehen, dass man nicht mehr jede Linie durch die Spital- und Marktgasse führen kann. Über kurz oder lang müssen Entlastungslinien kommen: und zwar vom Bollwerk über die Lorrainebrücke und bei der Hallwag rechts hinauf gegen die BKW. Ich habe mir sa-

gen lassen, dass BERNMOBIL über eine solche Ausweichroute nicht unglücklich wäre und die Erschliessung mit Tram vorhanden wäre.

Auch das Länggass-Tram wird einmal noch zur Sprache kommen. Die beiden Hauptgassen, die eigentlich das Geschäftszentrum, die Einkaufsmeile von Bern bilden, derart mit dem öV zu belegen, ist nicht zukunftsträchtig. Wenn wir nicht bereits heute visionär den Mut haben, nach Lösungen zu suchen, werden wir dies über kurz oder lang wieder diskutieren müssen. Wir können mit dieser Motion dem Gemeinderat den Auftrag geben und ein Zeichen setzen im Sinn von: Der Stadtrat ist dafür, dass man dort einen Schritt weitergeht. Wenn die Idee nicht realisierbar sein sollte, muss halt erneut darüber diskutiert werden. Ich habe mich auch im Rahmen des Regionaltrams und der neuen Linie der Worb-Bahn, die nun auch durch die Hauptgassen fährt, mit dieser Thematik beschäftigt.

Zudem steht die Sanierung der Markt- und Spitalgasse, die ja eine sehr teure und aufwändige Sache ist, in absehbarer Zeit wieder an, wenn sie noch vermehrt belastet werden. Niemand weiss, was diese Mehrbelastung für Folgen hat und ob die sanierten Gassen dann noch 18 bis 20 Jahre hinhalten, wie man bis anhin gesagt hat. Durch diese Mehrbelastung halten die sanierten Gassen dann vielleicht nur noch 12 bis 15 Jahre.

Wenn Entlastungsstrecken oder sogar eine andere Linienführung geschaffen würden, könnte im Bereich Bahnhof bis Zytglogge eine verkehrsfreie Kernzone entstehen, wo man vom Bahnhof bis zum Zytglogge und in der Querachse vom Waisenhausplatz bis zum Bundesplatz den Geschäften entlang schlendern könnte. Wir sehen dies in Wien oder Paris, in allen Städten: grossflächige und grosszügige Fussgängerzonen, die Sinn machen. Deshalb bitte ich, diese Motion erheblich zu erklären. Falls sie nicht erheblich erklärt wird, besteht bereits die Absicht, eine Volksbefragung durchzuführen, also eine Volksinitiative zu starten. Denn wir sind überzeugt, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine solche grossräumige Fussgängerzone in der Stadt Bern begrüssen würde.

Stéphanie Penher (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Also bitte! Die Zukunft der Stadt Bern hängt nicht davon ab, ob wir die Markt- und die Spitalgasse vom öV entlasten. Das waren ein wenig allzu grosse Worte, die soeben gefallen sind. In der Stadt Bern gibt es noch andere Probleme, die gelöst werden müssen. Nichtsdestotrotz sind wir auch der Meinung, dass in der Altstadt eine alternative, zusätzliche zweite Linienführung erforderlich ist. Mario Imhof fordert in seiner Motion jedoch etwas anderes. Er verlangt die Verlegung des gesamten öVs. Wir sind jedoch der Meinung, dass ein Teil des öVs weiterhin in der Markt- und Spitalgasse bleiben soll, sich aber eine zweite Linie aufdrängt.

Die FDP, die Partei für Fussgängerzonen – schöne Polit-Posse; da habe ich mir gedacht, dass es in diese Richtung geht. Wenn Sie diese Idee realisieren wollen, überlegen Sie sich gut, was Sie hineinpacken. Dann erwarte ich vom Gemeinderat einen Gegenvorschlag mit einer Teilentlastung. So haben wir vielleicht ein Druckmittel beim Kanton für eine zweite Linienführung in der Hand. Auch dort liegt das Geld nicht einfach so auf dem Tisch. Wir werden den Vorstoss lediglich als Postulat erheblich erklären und hoffen sehr, dass Mario Imhof bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Denn der Vorschlag, eine zweite Linie zu realisieren, ist festgehalten, wie der Gemeinderat bereits erwähnt hat. Der Kanton hat den Vorschlag wohlwollend aufgenommen und es wurden bereits Vorstösse eingereicht. Bei einem geht es um das Einsetzen einer alternativen Tramart, die keine Oberleitungen mehr erfordert; dadurch könnte die Störung des Stadtbilds verhindert werden. Bitte wandeln Sie, Mario Imhof, die Motion in ein Postulat um und seien Sie nicht stur. Es wird gut kommen.

Daniel Klausner (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Ich möchte auf einige erwähnte Aspekte eingehen, bei denen ich nicht ganz einverstanden bin. Jimmy Hofer hat gesagt, sogar BERNMOBIL wünsche eine Ausweichachse über die Lorrainebrücke und den Viktoriaplatz. Das stimmt,

dies ist eine Idee von BERNMOBIL. Aber diese ist als Ausweichachse gedacht, wenn man beispielsweise bei Veranstaltungen nicht durch die Innenstadt fahren kann. Die Idee ist, dass eine Tramlinie bis in den Wyler gezogen und zugleich eine Verbindung in den Viktoriarain hinauf bewerkstelligt würde. Die Tramlinie 9 und später auch noch die Linie 10 könnten so die Innenstadt umfahren, beispielsweise bei Demonstrationen oder sonstigen Veranstaltungen. Dies ist als Ausweichachse gedacht und nicht einfach als vollständiger Ersatz der Tramachse durch die Markt- und Spitalgasse.

Zur Wunschachse von Edith Leibundgut durch die Bundesgasse: Wie es bereits Stéphanie Penher angedeutet hat, existiert dort das Problem der Fahrleitungen vor dem Bundeshaus. Ich bin auch der Ansicht, dass es diejenige Variante ist, die als zweite Achse weiter verfolgt werden soll. Das Problem der Fahrleitungen muss diskutiert und angepackt werden. Aber es kann hier einzig darum gehen, eine Entlastung herbeizuführen, indem ein Teil des Tramverkehrs dorthin verschoben wird, statt gleich alle Linie zu versetzen. Dies wäre nicht zielführend. Wenn eine Fussgängerzone eingerichtet werden soll – und wir erachten eine solche Zone in der Innenstadt als eine sehr gute Sache, wie es auch Gisela Vollmer erwähnt hat –, dann gibt es durchaus andere Orte, um dies zu verwirklichen; beispielsweise in der Unteren Altstadt, wo bereits eine Begegnungszone vorhanden ist. Die Buslinie 12 könnte auf die Schüttestrasse verlegt werden.

Die zweite Tramachse habe ich bereits erwähnt. Ich denke, es herrscht hier ein breiter Konsens, diese Idee anzugehen. Auch im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept, das wir kürzlich auch in der PVS diskutiert haben, ist diese Achse drin. Man muss sich allerdings bewusst sein: Wenn Mario Imhof sagt, innerhalb von zwei Jahren habe man das Tram Bern-West gebaut, dann könne eine Tramachse durch die Innenstadt in einem Jahr realisiert werden, ist dies völlig unrealistisch. Das wissen Sie, Mario Imhof ganz genau – oder Sie sollten es als langjähriges Mitglied der PVS zumindest wissen. Eine Tramachse in der Innenstadt zu verwirklichen, ist auch in planerischer Hinsicht keine einfache Angelegenheit, dies ist offensichtlich.

Es wurde beispielsweise von Edith Leibundgut oder von Jimmy Hofer erwähnt, dass eine solche zweite Tramachse gewünscht wird. – Einverstanden, dem können wir zustimmen. Aber die vorliegende Motion verlangt, dass Markt- und Spitalgasse zu einer Fussgängerzone ohne Trams umgestaltet werden. Aus unserer Sicht ist dies nicht dasselbe wie eine zweite Achse zur Entlastung dieser Hauptachse. Den öV vollständig aus den Hauptgassen zu nehmen erachten wir als nicht zielführend.

Bernhard Eicher (FDP) für die FDP-Fraktion: Führen wir uns vor Augen: Die Innenstadt, die uns allen sicher viel bedeutet, steht in starker Konkurrenz: nämlich mit einem Westside, mit einem Shoppyländchen oder mit vielen anderen sehr attraktiven Städten. Es ist deshalb wichtig, dass wir es schaffen, unsere geliebte Innenstadt als Arbeitsort zu installieren sowie als Einkaufs-, Geschäfts- und als Verweilort zu platzieren. Kurz: Die Innenstadt soll sich im gesamten Kanton Bern und sogar über den Kanton hinaus zum „Place to be“ entwickeln. Die Innenstadt wäre mit dem öV immer noch genau gleich gut erreichbar, aber mit einem entscheidenden Unterschied: Die Markt- und die Spitalgasse würden frei für neue Ideen. Die Verlagerung der Trams in die Aussengassen ermöglichten es den Geschäften, Stände aufzustellen, etwas Neues und Innovatives zu versuchen. Restaurants könnten vermehrt herausstuheln. Diese Diskussion haben wir bereits einmal im Zusammenhang mit der Entrümpelung der Altstadt geführt. Damals hiess es, die Aussenbestuhlung wäre eine Gefährdung, wenn die Trams durchfahren würden. Dieses Problem wäre in der Markt- und Spitalgasse behoben. Wir könnten die Innenstadt als „Place to be“ installieren.

Die Idee ist eigentlich bestechend einfach. Die Trams würden in die beiden Nebengassen verlegt und die Tramlinien der Hauptgassen, Markt- und Spitalgasse, hielte man für Notfälle

aufrecht. Die FDP-Fraktion möchte den gesamten Stadtrat auffordern, diese Chance wahrzunehmen und nicht nur die Trams etwas anders aufzugleisen, wie von linksgrüner Seite vorgebracht wurde. Die Innenstadt soll revolutioniert und zu einer Fussgängerzone umgestaltet werden. Die Leute sollen dorthin gehen oder dort leben wollen: die Innenstadt als Top-Einkaufszentrum, als Top-Arbeitsort, als „Place to be“.

Die Präsidentin *Vania Kohli*: Im Hinblick auf den folgenden Apéro und die Feier – die geladenen Gäste begeben sich um 19.15 Uhr auf den Weg in Richtung Casino –, unterbreche ich nun die Sitzung. Es haben sich noch vier Einzelsprecher gemeldet. Deren Voten würden rund 20 Minuten dauern. Ich werde jedoch dieses Traktandum an der nächsten Sitzung nach den Traktanden des Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät wieder aufnehmen. Urs Frieden möchte ich noch einmal meinen Dank aussprechen. Nun wünsche ich dem Stadtrat eine schöne Feier.

- Der Stadtrat verschiebt die weitere Beratung von Traktandum 10 sowie die Traktanden 11 bis 13 auf die nächste Sitzung. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP (Aline Trede, GB/Manuel C. Widmer, GFL): Sofortmassnahmen zum Ersatz der quietschenden „Blauen Bähnli“
2. Motion Fraktion BDP/CVP (Martin Mäder, BDP): Uhren für den neuen Bahnhofplatz zur besseren Orientierung der öV-Fahrgäste im Tram- und Busbahnhof unter dem Baldachin
3. Motion Fraktion BDP/CVP (Vinzenc Bartlome, BDP/Edith Leibundgut, CVP): Statthalter-Schulhaus ohne Durchgangsverkehr
4. Motion SP/JUSO (Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, SP): Schulsozialarbeit entlastet alle!
5. Dringliches Postulat SP/JUSO, GB/JA! (Lea Kusano, SP/Christine Michel, GB): ACHTUNG. FERTIG. FRAUEN LOS! Der 14. Juni 2011 und die Stadt Bern
6. Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP (Aline Trede, GB/Daniela Lutz-Beck, GFL): Schaffung eines Veloleitsystems mit den umliegenden Gemeinden und der Regionalkonferenz (RK)
7. Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Unrechtmässiges Vorgehen des Schützenvereins
8. Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Kompetenzabgrenzung zwischen Stadt- und Gemeinderat
9. Interpellation Fraktion FDP (Alexandre Schmidt, FDP): Schliessung des Ka-We-De führt zu weniger öV im Kirchenfeld-Elfenau
10. Interpellation Fraktion BDP/CVP (Martin Schneider, BDP): Setzt die Präsidialdirektion beim Sparen die Prioritäten immer im Interesse der Stadt Bern?
11. Interpellation Rudolf Friedli (SVP): Wie genau nimmt es der Gemeinderat mit Budgetvorgaben und warum setzt er sich über städtisches Recht hinweg?
12. Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Neue Tramlinie 8 zu Werbe-Zwecken missbraucht: Wie wurden BERNMOBIL und die Stadt unter Druck gesetzt?
13. Interpellation Beat Zobrist (SP): Gesundheitsförderung dank Duschkmöglichkeiten am Arbeitsplatz
14. Kleine Anfrage Roland Jakob (SVP): 200'000 Franken sind genug! Hintergeht der Gemeinderat den Volksentscheid bewusst?
15. Kleine Anfrage Roland Jakob (SVP): Planung Tram Weissenbühl: Was will der Gemeinderat?
16. Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Neue Tramlinie 6: Durchdringendes Kurvenkreischen, Lärmemissionen und weitere Probleme mit dem „Blauen Bähnli“ . Wann bekommen die BewohnerInnen im Mattenhof/Fischermätteli die bisherige Lebensqualität zurück?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Präsidentin 2011: *Vania Kohli*

Präsident 2010: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Christine Gygax Aglamaz*

			Nein
Annmann	Peter	GLP	Nein
Anker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Böschi	Rania	GFL	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Nein
Bietenhard	Sonja	BDP	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Espinoza	Tania	GFL	Nein
Fischer	Regula	GPB-DA	Nein
Glauser	Jeannette	GB	Nein
Grosjean	Claude	GLP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Gutzwiller	Lukas	GFL	Nein
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Nein
Imthurn	Daniel	GLP	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Klausner	Daniel	GFL	Nein
Köpfli	Michael	GLP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Kusano	Lea	SP	Nein
Lanfranchi	Prisca	GFL	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Mäder	Martin Michel	BDP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penfer	Stéphanie	GB	Nein
Pinto	Hakua	JUSO	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schneider	Martin	BDP	Nein

Schoch-Meyer	Silvia	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Walliser	Tanja	JUSO	Nein
Wasserfallen	Peter	partellos	Nein
Widmer	Manuel C.	GFL	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Joet	Dannie	FDP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schmidt	Alexander	FDP	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Kohli	Vania	BDP	*****
Bill	Lea	JAI	
Dana	Dolores	FDP	
Frieden	Urs	GB	
Gasser	Judith	GB	
Götlin	Thomas	SP	
Gubser	Beat	EDU	
Streit-Stettler	Barbara	EVP	
Wertli	Béatrice	CVP	

***** Präsidentin stimmt nicht